

**Schwerpunktt Themen:**

**Kali + Salz:**

Die Gruppe hat sehr konstruktive Gespräche mit dem LBEG, mit K + S, mit zwei Umweltministern und mit der BI Giesen geführt. Weitere und ggf. erneute Gespräche sind mit dem LBEG, BUND, den Gemeinden und mit K + S vorgesehen.

Die Gespräche werden von der Verwaltung des LK Hildesheim begleitet und haben zu folgenden Ergebnissen geführt;

- zu dem vorgelegten Entwurf des LBEG zur Erteilung des Einvernehmens für eine wasserrechtliche Erlaubnis, veröffentlicht Ende Oktober, besteht Übereinstimmung mit der Verwaltung, deutliche Nachbesserungen zu fordern,
- vorrangige Nutzung/Vermarktung der Reststoffe/Auffahrsalze zur Haldenvermeidung,
- Konkretisierung der Parameter zu den Abdeckmaterialien für Alt- und Neuhalde,
- Termine und Fristen für die einzelnen Maßnahmen (z.B. Beginn und Ende der Abdeckung der Halden) und einzelnen Betriebsphasen,
- Nachweise vor Inbetriebnahme, dass die Umsetzung von bestimmten Nebenbestimmungen und Vorhaben gewährleistet sind,
- Vorgaben zur Erweiterung des Monitorings für Grundwasser- und Bodenabsenkungen – auch hinsichtlich des Istzustandes und regelmäßiger Veröffentlichung,
- Ausschluss bestimmter Schadstoffe und Abdeckmaterialien,
- Verpflichtung, Immissionen auf das unbedingt notwendige Maß zu minimieren (z.B. Verwehungen), Vorgaben für Sonderbetriebspläne,
- Konkretisierung aller Einleitungsparameter für alle relevanten Schadstoffe sowie Maßnahmenplan zur Reduzierung der Grundwasserbelastung.

Ferner sollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, zukünftige Vorhaben zur Errichtung von Abfallaufbereitungsanlagen zu verhindern.

Insbesondere die Haldenvermeidung, zeitnahe Abdeckung der Althalde (Konzept bis zum 2. Jahr, Beginn Abdeckung ab 6. Jahr) sowie fortlaufende Überprüfung der Stand der Technik und Reduzierung bzw. Vermeidung der Grundwasserbelastung, wird dabei fokussiert.

Die Entscheidung im Kreistag soll schnellstmöglich erfolgen - hierzu sind jedoch die von der Gruppe SPD-CDU geforderten Nebenbestimmungen von Kali und Salz zu akzeptieren.

### VHS gGmbH:

Die Gruppe hat im Dezember 2017 einen Antrag in der Kreistagssitzung beschlossen, um der VHS weitere finanzielle Hilfe zu gewähren. Diese ist jedoch an bestimmte Anforderungen geknüpft, die von Seiten der Geschäftsführung erfüllt sein müssen, u.a. differenzierte Überprüfung der angebotenen Kurse – insbesondere hinsichtlich entsprechender Finanzierung; von Seiten des Landes, Bundesanstalt für Arbeit, Jobcenter und des Landkreises. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei insbesondere auch auf die Organisationsstruktur gerichtet sein. Weiterhin ist der Gesellschaftervertrag unter den Gesichtspunkten Effektivität und Transparenz näher zu beleuchten. In diesem Zusammenhang ist auch das „Konstrukt Holding“ näher zu überprüfen. – Alle diese Maßnahmen dienen zum nachhaltigen Erhalt und Sicherstellung einer innovativen und flexibel aufgestellten VHS.

### Kulturhauptstadt 2025

Im Kontext zu der vorgenannten Thematik VHS steht auch die Prüfung der Möglichkeit, sich von der Stadt Hildesheim zu trennen. Diese Variante bietet für die Stadt Hildesheim eine Möglichkeit, die öffentliche Musikschule, das Schulbiologie Zentrum sowie die Stadtbücherei finanziell stärker zu unterstützen. Ein klarer Pluspunkt für die angestrebte Kulturhauptstadt 2025. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt sehr aktiv alle Aspekte und Möglichkeiten der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025.

### Inklusion im Landkreis Hildesheim:

Aufgrund der intensiven und nachhaltigen politischen Bemühungen der Gruppe SPD-CDU kann der Landkreis Hildesheim als Vorreiter für eine gelungene Inklusion in ganz Niedersachsen bezeichnet werden.

### Förderschulen: Gesetzesentwurf zum niedersächsischen Schulgesetz

Durch die neue gesetzliche Regelung besteht die Möglichkeit der Verlängerung der Förderschulen bis zum Jahr 2028; aktuell gibt es drei Schulen im Landkreis Hildesheim und eine Schule im Stadtgebiet (diese in Trägerschaft der Stadt Hildesheim).

Diese Möglichkeit der Verlängerung wird von der Gruppe SPD – CDU unterstützt.

### IGS Bad Salzdetfurth

Vor der Planung des Anbaues der IGS wurde eine Interessenbekundung in den Bereichen Holle, Bockenem, Lamspringe, Sibbesse und Diekholzen durchgeführt. Aufgrund des hohen Interesses wurde jedoch nach Errichtung des Anbaus der Einzugsbereich auf den Ort Bad Salzdetfurth inklusive Ortsteile begrenzt.

Bei der IGS Bad Salzdetfurth handelt es sich um eine sehr innovative Schule, die den Schüler/innen umfangreiche (Entwicklungs-)Möglichkeiten bietet.

Auf Initiative der Gruppe SPD-CDU ist vorgesehen, den Schulbezirk auf die Bereiche zu erweitern, die bei der o.g. Interessenbekundung auch eingebunden waren.

### Neubau des Gymn. Sarstedt

Das Gymnasium Sarstedt ist in einem desolaten baulichen Zustand. Daher hat der Kreistag beschlossen, ein neues Gymnasium zu errichten. Die Gruppe SPD-CDU ist maßgeblich hierbei eingebunden, um bei einem geplanten Projekt in der Größenordnung des Gymnasiums Sarstedt und seiner Bedeutsamkeit für die Stadt Sarstedt, den Nordkreis und dem Landkreis Hildesheim darauf hinzuwirken, dass äußerst sorgfältig und zukunftsorientiert in die Vorbereitungen und Vorüberlegungen eingestiegen wird.

Die Gruppe SPD-CDU stellt sicher, dass dieser Prozess von der Verwaltung unter Einbeziehung der Lehrer, Eltern, Schülern, Schulleitung, Politik und anderer möglicher Ideengeber gesteuert wird, u.a. durch die Initiierung und Teilnahme an einer baubegleitenden Planungsgruppe, der u.a. auch 3 Vertreter/innen der SPD-Fraktion angehören.

### Hochwasser und Gewässerschutz

Die Gruppe SPD-CDU hat sehr genaue und weitreichende Prüfaufträge an die Verwaltung gestellt, umso eine schnelle und unkomplizierte Hilfe für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu erreichen – aber letztendlich auch auf Landesebene agieren zu können.

### KITa:

Hier bindet sich die Gruppe SPD-CDU sehr intensiv mit ein, um eine möglichst langfristige und dauerhafte Vereinbarung mit den Kommunen abzuschließen.

Um entsprechende Mehrheiten gegenüber der Landesregierung zu aktivieren, ist u.a. eine überregionale Zusammenarbeit mit anderen Kreistagen geplant.

### Digitalisierung:

Die Digitalisierung ist eine ganz besondere arbeitsmarktpolitische sowie infrastrukturelle Herausforderung, die von der Gruppe SPD-CDU intensiv vorangetrieben wird, u.a. durch bewilligte Haushaltsmittel für Analysen und Konzepte zur fortlaufenden Verbesserung.

### ÖPNV und Nachhaltigkeit

Die Gruppe SPD-CDU arbeitet verstärkt an diesen Punkten, um unter der Berücksichtigung einer besseren An- und Einbindung des ländlichen Raumes in den ÖPNV sowie Anstrengungen und Konzeptionierung von alternativen flächendeckenden Mobilitätsstrategien, eine Verbesserung zu erreichen.